



# Forderungskatalog der DPolG Niedersachsen

zum Haushaltsgespräch im Arbeitskreis „Inneres und Sport“

der CDU-Landtagsfraktion am 12.09.2023

Gefertigt von  
Dirk Hallmann, Landesgeschäftsführer

## Ausstattung

- Marode **Dienstgebäude** modernisieren
- Die Gelder für die Liegenschaften gehören u. E. in den Verantwortungsbereich des MF, dort aber ist die Bauverwaltung unterfinanziert und unterdimensioniert, was zu einer unzureichenden Baubetreuung führt – dazu gehört auch, dass die Dienstgebäude im Sinne einer **fürsorglichen Gesundheitsprävention** ausgestattet werden (Klimaanlagen zumindest in den Wachen, ergonomische Arbeitsplätze pp)
- Der **Fuhrpark** muss zwingend modernisiert werden. Es fehlen Fahrzeuge in nahezu allen Bereichen, weil sie aufgrund von Reparaturen zu häufig in den Werkstätten stehen. Das erhöht die Interventionszeiten in allen Bereichen der Landespolizei erheblich.

## Ausstattung

- Der **IT-Bereich** ist nach unserem Kenntnisstand stark unterfinanziert. Darunter leidet die Kriminalitätsbekämpfung, aber auch der Service für die Bürgerinnen und Bürger. Dringend benötigte Software zur Unterstützung ermittelnder Bereiche, wie z.B. die Spracherkennung „ASEL“ muss endlich angeschafft werden.
- Das Logistikzentrum Niedersachsen **LZN** bedarf einer Reform, die Lieferzeiten und teilweise auch die Qualität der Bekleidung ist immer wieder Anlass für Beschwerden.

# Personal

- Die **Polizeizulage muss** mindestens auf das Bundesniveau **erhöht werden** und die Ruhegehaltsfähigkeit rückwirkend bis 2007 (wie bei der Bundespolizei) eingeführt werden
- Für den **Verfassungsschutz** muss analog dazu die **Sicherheitszulage** erhöht und deren Ruhegehaltsfähigkeit eingeführt werden (siehe unsere Ausarbeitung dazu)
- Die **Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten** müssen erhöht werden, andere Bundesländer und der Bund zahlen zum Teil deutlich mehr für diese belastenden Arbeitszeiten
- Zahlung eines **pauschalen Schmerzensgeldes** nach Angriffen auf PVB und Durchsetzung der Ansprüche durch den Dienstherrn
- Einführung eines **Freizeitanspruchs für die belastenden Dienstbereiche** durch Erhöhung des Schichtdienstzusatzurlaubs auf 6 Tage/7 Tage

# Personal

- Generelle **Anhebung des Besoldungsniveaus für die Polizei**, unabhängig von den Tarifverhandlungen im Herbst
- **Stellenhebungsprogramme** für die Beförderungen nach der **BesGr A 10**, um die langen Wartezeiten zu verkürzen
- Schrittweise **Anhebung der Besoldungsgruppen in den Führungsbereichen** DAL/DSL/KvL pp. nach A 12, um Führungsverantwortung besser zu honorieren
- Einführung einer **Stellenzulage für die BesGr. A 13**, um eine analoge Wirkung zu erzielen, wie bei der geplanten Anhebung der Besoldung für die Inspektionsleitungen auf A 16
- **Einstellung von mehr Tarifbeschäftigten**, dort spürbare Höhergruppierungen vornehmen und die Personalentwicklung verbessern.

## Attraktivität des Polizeiberufes steigern

- Einführung einer **Kostenbeteiligung für den Führerschein** für die Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger der Polizei am Beispiel der Freiwilligen Feuerwehren in den Kommunen. Dort werden 800 Euro zugezahlt.
- Einrichtung von **Studentenwohnheimen** an den Studienstandorten, um die hohen Mietkosten für die Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger zu minimieren.
- **Vergünstigtes Deutschlandticket** (29 Euro) für die Studierenden der Polizeiakademie